



# ELDH European Association of Lawyers for Democracy & World Human Rights

WITH LAWYERS  
IN 16 COUNTRIES

EJDM Europäische Vereinigung von Juristinnen & Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt  
EJDH Asociación Europea de los Juristas por la Democracia y los Derechos Humanos en el Mundo  
EJDH Association Européenne des Juristes pour la Démocratie & les Droits de l'Homme  
EGDU Associazione Europea delle Giuriste e dei Giuristi per la Democrazia e i diritti dell'Uomo nel Mondo

Equality Privacy Social Rights  
No Racism Peace No Torture Civil Rights No War  
Self-Determination of Peoples Democracy  
Human Rights Rights of Migrants

Düsseldorf – London, 30. Juni 2012

## **EUROPÄISCHE JURISTINNEN UND JURISTEN: PROTEST GEGEN ANHALTENDE VERHAFTUNGEN IN DER TÜRKEI**

Die EJDM ist äußerst besorgt über die andauernde Verhaftungswelle in der Türkei.

Etwa 8.000 PolitikerInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, KünstlerInnen, StudentInnen, MenschenrechtsaktivistInnen sowie deren RechtsanwältInnen wurden Opfer von Massenverhaftungen in der Türkei seit 2009. Die meisten wurden im Zusammenhang mit der sogenannten KCK Operation der türkischen Regierung verhaftet. Die KCK ist die Union der kurdischen Gemeinden, ein von Abdullah Öcalan gegründeter politischer Dachverband, dem von der türkischen Regierung Verbindung zur PKK vorgeworfen wird. Grundlage für die Verhaftungen bieten die Antiterrorgesetze aus dem Jahre 1991.

Auf eine besorgte Anfrage der Europäischen Kommission gestand die türkische Regierung im Oktober 2011 allerdings lediglich 605 immer noch Inhaftierte ein. Vielen anderen drohen Gefängnisstrafen. Ungeachtet der Besorgnis der Europäischen Union geht die Verhaftungswelle in weiter.

Im Oktober 2011 wurde eine große Anzahl von MenschenrechtsaktivistInnen verhaftet, unter ihnen Herr Ragıp ZARAKOLU (Verleger, der von Mitgliedern des Schwedischen Parlaments für den Nobelpreis nominiert wurde. Er ist einer der Gründer des Menschenrechtsvereins IHD), Frau Professorin Büsra ERSANLI (eine Verfassungsrechtsexpertin), Ayşe BERKTAY (Hacimirzaoglu), eine anerkannte Übersetzerin, Forscherin und Aktivistin für Weltfrieden und Gerechtigkeit, sowie eine der HauptorganisatorInnen des Welt-Tribunals über den Irakkrieg in Istanbul in 2005. Ihr Prozess wird am 2. Juli 2011 in Istanbul beginnen. 193 Personen sind in diesem Verfahren insgesamt angeklagt.

Diese Menschenrechtsverletzungen fanden einen Höhepunkt in der parallel durchgeführten Massenverhaftung von 36 AnwältInnen in vielen türkischen Städten und Provinzen im November 2011. Schon 2009 wurde der stellvertretende Vorsitzende des IHD (des türkischen Menschenrechtsvereins), Rechtsanwalt Muharrem Erbey aus Diyarbakir festgenommen. Bis heute ist er ohne Verurteilung inhaftiert. Im Januar dieses Jahres organisierte die EJDM gemeinsam mit anderen Juristenvereinigungen in zahlreichen europäischen Städten Proteste gegen diese Verhaftungen vor türkischen Botschaften. Am 16. Juli 2012 wird der Prozess gegen diese Anwälte, ebenfalls in Istanbul, beginnen.

EJDM Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V.  
Präsident: Professor Bill Bowring, London | E-Mail: bill.bowring@eldh.eu | FON +44 (0)781 048 34 39  
Ehrenpräsidentin: Professeure émérite Monique Chemillier-Gendreau, Paris  
Generalsekretär: Rechtsanwalt Thomas Schmidt, Düsseldorf | E-Mail: thomas.schmidt@eldh.eu |  
FON +49 (0)172 68 10 888  
Postadresse: ELDH | Thomas Schmidt | Platanenstrasse 13 | D - 40233 Düsseldorf (Germany)  
Website: www.jemd.eu

Eine ähnliche Aktion wurde im Dezember 2011 gegen zahlreiche JournalistInnen durchgeführt, von denen 20 verhaftet wurden.

Am 8. und 9. Mai 2012 führten Anti-Terror Einheiten ähnliche Aktionen in 10 Städten durch und nahmen 94 Personen fest; ihnen wurde vorgeworfen, Mitglieder einer terroristischen Organisation zu sein, die sich "Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front" (DHKP-C) nennt. Einige Tage später wurde 33 von ihnen inhaftiert.

Die prominente kurdische Abgeordnete im türkischen Parlament, Leyla Zana, wurde Ende Mai erneut zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt wegen angeblicher Propaganda für die verbotene Kurdische Arbeiter Partei PKK.

Die jüngste Verhaftungswelle richtete sich gegen GewerkschafterInnen in der Türkei. Am 25. Juni 2012 fanden Polizeirazzien in 8 türkischen Städten statt, bei denen 58 GewerkschafterInnen festgenommen wurden, die Mitglieder der Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (KESK), sowie der Lehrgewerkschaft sind, darunter der Vorsitzende der KESK, Lami Özgen. KESK ist die größte Organisation für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in der Türkei. Sie ist auch Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes, EGB.

Im Zuge dieser Verhaftungswelle finden an vielen Orten, insbesondere in Diyarbakir und Istanbul Massenprozesse statt. Die EJDM wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an Prozessbeobachtungen beteiligen.

Seit Jahrzehnten werden der Türkei von internationalen Organisationen zum Teil schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Jedoch haben weder die Europäische Union noch die UNO jemals die Türkei deswegen mit Sanktionen bedroht.

In ihrem Fortschrittsbericht 2011 stellt die Europäische Kommission über die Türkei fest: „Häufige Inhaftierungen anstelle juristischer Ermittlungen, beschränkte Akteneinsicht, unzureichende Begründungen für Inhaftierungsentscheidungen und die Aufhebung von solchen Entscheidungen verdeutlichen die Notwendigkeit einer Anpassung des türkischen Strafrechtssystem an internationale Standards und der Verbesserung der Anti-Terror-Gesetzgebung.“ Die Europäische Kommission kritisiert insbesondere Verfahrensmängel im KCK-Verfahren in Diyarbakir sowie die Verhaftung gewählter regionaler Abgeordneter und von MenschenrechtsaktivistInnen.

Der UN Menschenrechtsrat kommt in seinem 2012 veröffentlichten Bericht des Besonderen Berichterstatters über die Unabhängigkeit von RichterInnen und AnwältInnen zu dem Ergebnis: „Eine weitere wichtige Herausforderung für die türkische Justiz ist die Notwendigkeit, sicher zu stellen, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus im Einklang stehen mit internationalen Menschenrechtsprinzipien und -standards.“

Die von der EJDM empfundene Besorgnis wird bestätigt durch den im Februar 2012 veröffentlichten Bericht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Seit der Einrichtung des Gerichtshofs betreffen die meisten Menschenrechtsverletzungsverfahren die Türkei, sogar mehr als Russland. Über den gesamten Zeitraum konnten in 2.747 Verfahren gegen die Türkei, bei nur 57 Fällen keine Menschenrechtsverletzungen festgestellt werden.

Vor dem Hintergrund der Massenverhaftungen und der Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei verurteilt die EJDM in schärfster Form das oben beschriebene Vorgehen und fordert:

- Die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei, einschließlich Abdullah Öcalan
- Die Einstellung von laufenden politischen Verfahren gegen Oppositionelle, MenschenrechtsaktivistInnen, JournalistInnen und deren AnwältInnen, insbesondere auch das Verfahren gegen die kurdische Abgeordnete im türkischen Parlament, Leyla Zana, den Rechtsanwalt und Vizepräsidenten des IHD Muharrem Erbey, sowie den Vorsitzenden der KESK, Herrn Lami Özgen
- Die Beseitigung der gesetzlichen Grundlagen für solche Verfahren in der türkischen Verfassung und den türkischen Strafgesetzen. Die türkischen Anti-Terrorgesetze aus dem Jahre 1991 schützen die Sicherheit des Staates auf Kosten der Freiheit und Sicherheit Einzelner, verletzen internationales Menschenrecht und müssen daher abgeschafft werden
- Die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer solcher Verfolgungen in der Türkei.

- Die Beseitigung weiterer rechtsstaatlicher Mängel wie sie von der Europäischen Kommission, vom UN Menschenrechtsrat und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt werden
- Eine internationale unabhängige Untersuchung der oben erwähnten Vorkommnisse mit dem Ziel, die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen

Die EJDM verlangt von der Europäischen Union und der UNO dass diese Organisationen sich nicht damit zufrieden geben, Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu schreiben, sondern dass sie ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf die Türkei nutzen um den willkürlichen und politisch motivierten Massenverhaftungen ein Ende zu bereiten.